**Protokoll der 25. Sitzung des Kreistages (4. Wahlperiode) am 18.09.2013 -
öffentlicher Teil**

Datum: 18.09.2013

Zeit: 14:00 Uhr – 16:45 Uhr

Ort: Kreisverwaltung Uckermark in Prenzlau, Karl-Marx-Straße 1, Plenarsaal

Anwesende Kreistagsmitglieder:

Landrat

Herr Dietmar Schulze Landrat

Fraktion CDU/Bauern

Herr Wolfgang Banditt	CDU/Bauern	
Herr Siegfried Boldt	CDU/Bauern	
Herr Sven Freundt	CDU/Bauern	bis 16:00 Uhr
Herr Dr. Hans-Otto Gerlach	CDU/Bauern	
Herr Karl Heimann	CDU/Bauern	
Herr Jens Koeppen	CDU/Bauern	
Herr Andreas Meyer	CDU/Bauern	
Herr Jürgen Mittelstädt	CDU/Bauern	
Frau Sylvia Steinhäuser	CDU/Bauern	
Herr Hans-Jürgen Waldow	CDU/Bauern	
Herr Henryk Wichmann	CDU/Bauern	

SPD-Fraktion

Herr Dr. Horst Albrecht	SPD	
Herr Frank Bretsch	SPD	ab 15:35 Uhr
Herr Burkhard Fleischmann	SPD	
Frau Jutta Giese	SPD	
Herr Ulrich Giese	SPD	
Herr Gustav-Adolf Haffer	SPD	
Frau Astrid Hirschfelder	SPD	
Herr Jürgen Hoppe	SPD	
Herr Uwe Neumann	SPD	
Herr Wilfried Paesler	SPD	
Herr Wolfgang Seyfried	SPD	
Herr Olaf Theiß	SPD	bis 16:00 Uhr

Fraktion DIE LINKE

Frau Leonore Armbruster	DIE LINKE
Frau Madlen Bismar	DIE LINKE
Herr Thomas Frese	DIE LINKE
Herr Dr. Hans-Georg Goetzke	DIE LINKE
Herr Heinz Gottschalk	DIE LINKE

Frau Sieglinde Knudsen	DIE LINKE
Herr Axel Krumrey	DIE LINKE
Herr Jörg Kuschel	DIE LINKE
Herr Heiko Poppe	DIE LINKE
Herr Gerhard Rohne	DIE LINKE

FDP-Fraktion

Herr Andreas Büttner	FDP
Herr Walter Henke	FDP
Herr Gerd Regler	FDP
Herr Oliver Sajons	FDP
Herr Klaus Scheffel	FDP
Herr Walter Seehagen	FDP
Herr Wilfried Voß	FDP
Herr Burkhard Woitge	FDP

Fraktion Rettet die Uckermark

Herr Bernd Hartwich	Rettet die Uckermark
Herr Udo Runde	Rettet die Uckermark
Frau Gudrun Seedorf	Rettet die Uckermark

Bündnis 90/ Die Grünen

Herr Roland Resch	Grüne/B90	Vorsitzender des Kreistages
-------------------	-----------	-----------------------------

NPD

Herr Sven Barthel	NPD
-------------------	-----

Abgeordnete

Herr Andy Kucharzewski	parteilos
------------------------	-----------

Verwaltung

Frau Karina Dörk	1. Beigeordnete
Herr Frank Fillbrunn	2. Beigeordneter
Herr Bernd Brandenburg	3. Beigeordneter

Schriftführer

Herr Wolfgang Gerhardt

Abwesende Kreistagsmitglieder:

Fraktion CDU/Bauern

Herr Alard von Arnim	CDU/Bauern	entschuldigt
Herr Friedhelm Liermann	CDU/Bauern	entschuldigt

Fraktion Rettet die Uckermark

Herr Dr. Gernot Schwill Rettet die Uckermark entschuldigt

zu TOP 1: Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Resch begrüßt die Abgeordneten des Kreistages, den Landrat Herrn Schulze, die 1. Beigeordnete Frau Dörk, den 2. Beigeordneten Herrn Fillbrunn, den 3. Beigeordneten Herrn Brandenburg, die weiteren Mitarbeiter der Kreisverwaltung sowie alle anwesenden Bürgerinnen und Bürger des Landkreises, Gäste und Vertreter der Medien.

Er teilt mit, dass zurzeit 47 Abgeordnete des Kreistages anwesend sind und sich 3 Abgeordnete zur Sitzung entschuldigt haben. Der Kreistag ist damit beschlussfähig.

zu TOP 2: Bestätigung der Tagesordnung (öffentlicher Teil)

Herr Resch stellt fest, dass die Tagesordnung allen Abgeordneten form- und fristgerecht zugegangen ist.

Er weist darauf hin, dass in Ergänzung der heutigen Tagesordnung noch folgende Anfragen in die Tagesordnung aufzunehmen sind:

- Anfrage des Abgeordneten Jens Koeppen, CDU/Bauern-Fraktion - Mittel des Bildungs- und Teilhabepaketes / AF/112/2013
- Anfrage des Abgeordneten Jens Koeppen, CDU/Bauern-Fraktion - Schulsozialarbeiter / AF/113/2013

Herr Resch bittet darum, die genannten Anfragen als TOP 24.2 und 24.3 unter dem TOP Anfragen aus dem Kreistag in die Tagesordnung einzuordnen.

Des Weiteren macht er darauf aufmerksam, dass den Abgeordneten zur heutigen Sitzung noch drei Anträge von einzelnen Kreistagsabgeordneten zugegangen sind, über deren Aufnahme in die Tagesordnung der Kreistag gemäß § 11 Absatz 3 Geschäftsordnung zu beschließen hat.

Herr Resch weist außerdem darauf hin, dass mit DS-Nr.: AN/111/2013/1 eine neue Version des Antrages der kooperierenden Fraktionen von SPD, CDU/Bauern und FDP - Prüfung der Festsetzung der Durchschnittssätze in der DS 22-A 2011 (2. Version) vorgelegt wurde, durch die der als TOP 25.1 vorgesehene Antrag DS-Nr.: AN/111/2013 ersetzt wird.

Im diesem Zusammenhang macht Herr Resch noch auf einen Änderungsantrag aufmerksam, den die Fraktion DIE LINKE zur heutigen Sitzung eingebracht hat und der in Verbindung mit der Drucksache AN/111/2013/1 zu behandeln ist. (Der Änderungsantrag wurde nachträglich als DS-Nr.: ÄÄ/0005/2013 registriert).

Herr Resch bittet anschließend darum, einzeln über die Aufnahme folgender Anträge in die Tagesordnung abzustimmen.

- Antrag des Abgeordneten Sven Barthel, NPD – Verzicht auf das Sitzungsgeld der Abgeordneten vom September 2013, Spende an die Hochwasseropfer in Deutschland 2013
AN/085/2013
- Antrag des Abgeordneten Dr. Hans-Otto Gerlach, CDU-Bauern-Fraktion – Berichtigung der DS 22-A/2011, 2. Version
AN/108/2013
- Antrag des Abgeordneten Dr. Hans-Otto Gerlach, CDU-Bauern-Fraktion – Dringlichkeitsantrag
AN/114/2013

Herr Resch teilt mit, dass auf Wunsch von Herrn Dr. Gerlach seine von ihm eingereichten Anträge AN/108/2013 und AN/114/2013 als ein Antrag aufgefasst werden sollten.

Er weist darauf hin, dass den Abgeordneten zur heutigen Sitzung noch eine Drucksachenänderung vom 17.09.2013 zugegangen ist, mit der Herr Dr. Gerlach den Beschlussvorschlag seines Antrages AN/108/2013 geändert hat. Herr Resch merkt an, dass diese Drucksachenänderung dem Umstand Rechnung trägt, dass die Durchschnittssätze der jeweils gültigen Vergütungsregelung gem. § 16 Abs. 2 KitaG i.V.m. § 3 Abs. 3 KitaBKNV vom örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe nach Befassung im Jugendhilfeausschuss festgestellt werden.

Der Kreistag lehnt die Aufnahme des Antrages DS-Nr.: AN/085/2013 in die Tagesordnung bei 2 Ja-Stimmen und einer Enthaltung mehrheitlich ab.

Der Kreistag lehnt die Aufnahme der Anträge DS-Nr.: AN/108/2013 und DS-Nr.: AN/114/2013 in die Tagesordnung bei 16 Ja-Stimmen, 27 Gegenstimmen und 4 Enthaltungen mehrheitlich ab.

Herr Resch schlägt vor, den TOP 25. Anträge an den Kreistag bei der Abarbeitung der Tagesordnung vorzuziehen und unmittelbar im Anschluss an TOP 6. Aktuelle Stunde in die Tagesordnung einzuordnen. Die Nummerierung der jeweiligen Tagesordnungspunkte bleibt jedoch unverändert.

Der Kreistag stimmt der so geänderten Tagesordnung des öffentlichen Teils der Sitzung mehrheitlich bei 3 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen zu.

Die Sitzung hat somit folgende Tagesordnung im öffentlichen Teil:

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Bestätigung der Tagesordnung (öffentlicher Teil)
3. Bestätigung der Niederschrift der 24. Sitzung des Kreistages am 12.06.2013 - öffentlicher Teil
4. Informationen
5. Einwohnerfragestunde
6. Aktuelle Stunde
 - 6.1 Bericht des Landrates
 - 6.2 Aussprache zum Bericht

25. Anträge an den Kreistag
 - 25.1 Prüfung der Festsetzung der Durchschnittssätze in der DS 22-A 2011 (2. Version)
AN/111/2013/1
 - 25.1.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zum Antrag AN/111/2013/1
ÄA/0005/2013
7. Terminplanung 2014 für Sitzungen des Kreistages und der Ausschüsse
BR/068/2013
8. 4. Ordnung zur Änderung der Geschäftsordnung für den Kreistag Uckermark (4. Änderungsordnung - Geschäftsordnung)
BV/083/2013
9. Neufassung der Rechnungsprüfungsordnung des Landkreises Uckermark
BV/064/2013
10. Förderung der Uckermärkischen Musik- und Kunstschule „Friedrich Wilhelm von Redern“ Angermünde (UMKS) 2014-2016
BV/100/2013
11. Richtlinie für die Vergabe von Zuwendungen zur Förderung von Kunst und Kultur im Landkreis Uckermark aus Mitteln des Kulturfonds des Landkreises Uckermark (Kulturfonds)
BV/099/2013
12. Jahresabschluss des Landkreises Uckermark für das Haushaltsjahr 2010
BV/077/2013
13. Sachstand Jahresabschluss 2011
BR/079/2013
14. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen zum Jahresabschluss 2012
BV/078/2013
15. Berichterstattung gemäß § 29 der Kommunalen Haushalts- und Kassenverordnung zum Haushaltsjahr 2012
BR/082/2013
16. Berichterstattung gemäß § 29 der Kommunalen Haushalts- und Kassenverordnung zum Haushaltsjahr 2013
BR/080/2013
17. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen im IV. Quartal 2012 - Jahresabschluss
BR/070/2013
18. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen im II. Quartal 2013
BR/066/2013
19. Aufstockung des Stellenplanes 2014 um 1 Stelle in der Kreiskasse im Amt für Finanzen und Beteiligungsmanagement durch Verlagerung von Stellenanteilen der Fachämter sowie Aufstockung des Stellenplanes 2013 und 2014 um 1 Stelle im Gesundheits- und Veterinäramt
BV/067/2013
20. Entlastung der einzelnen Mitglieder des Verwaltungsrates der Sparkasse Uckermark für den Jahresabschluss 2012
BV/073/2013
21. Information des Landrates als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger zur Umsetzung des § 6 Abs. 3 Kommunalabgabengesetz für das Land Brandenburg
BR/105/2013
22. Bericht über die Durchführung des Rettungsdienstes 2010 bis 2012 - Jahresstatistiken
BR/069/2013

23. Zustimmung gem. § 70 (1) Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (Bbg.KVerf.) zu außerplanmäßigen Auszahlungen
BV/110/2013
24. Anfragen aus dem Kreistag
 - 24.1 Anfrage zur Beauftragung einer Studie wegen der "Beeinträchtigung des Landschaftsbildes durch mehr Windräder" durch das Kuratorium des Nationalparks Unteres Odertal an den Landrat des Landkreises Uckermark als gesetzliches Mitglied des Kuratoriums
Bezug: Pressebericht "Windräder oder Naturkulisse" vom 12.07.2013 in der Märkischen Oderzeitung
AF/090/2013
 - 24.2 Anfrage des Abgeordneten Jens Koeppen, CDU/Bauern-Fraktion - Mittel des Bildungs- und Teilhabepaketes
AF/112/2013
 - 24.3 Anfrage des Abgeordneten Jens Koeppen, CDU/Bauern-Fraktion - Schulsozialarbeiter
AF/113/2013

zu TOP 3: Bestätigung der Niederschrift der 24. Sitzung des Kreistages am 12.06.2013 - öffentlicher Teil

Herr Resch teilt mit, dass innerhalb der vorgegebenen Frist keine schriftlichen Einwendungen gegen die öffentliche Niederschrift bei ihm oder im Kreistagsbüro eingegangen sind. Da es keine weiteren Bemerkungen zur Niederschrift gibt, gilt die Niederschrift als bestätigt.

zu TOP 4: Informationen

Herr Resch informiert, dass alle Aufträge an die Verwaltung, die sich aus der letzten Sitzung des Kreistages am 12.06.2013 ergeben haben, zwischenzeitlich abgearbeitet wurden.

zu TOP 5: Einwohnerfragestunde

Herr Schubert, Freie Schule Prenzlau e. V., trägt zwei Fragen zur zukünftigen Kita-Finanzierung ab 2014 vor und hofft, dass sich der Landkreis mit der Angelegenheit befassen wird. Herr Schubert führt als Hintergrund seiner Fragen an, dass er sich auf Dauer als Freier Träger gefährdet und zu untertariflicher Bezahlung veranlasst sieht. Außerdem befürchtet er, dass der Träger seinen Erziehungs- und Bildungsauftrag nur noch eingeschränkt erfüllen kann und die Trägervielfalt als positiver Standortfaktor für den Landkreis gefährdet wird.

Der Landrat weist in diesem Zusammenhang auf die heute zu behandelnden Drucksachen AN/112/2013 und AN/113/2013 und kündigt an, dass vorgesehen ist, in der Sitzung des Jugendhilfeausschuss am 15.10.2013 nicht nur die heute angesprochene Problematik zu diskutieren, sondern auch eine Berichtsvorlage für 2014 einzubringen, um die Angelegenheit im Komplex behandeln zu können.

Herr Resch bittet darum, die Fragen schriftlich im Kreistagsbüro abzugeben, damit sich der Jugendhilfeausschuss in der Sitzung am 15.10.2013 dezidiert mit der Thematik befassen kann.

Herr Schubert legt seine Anfragen schriftlich vor (s. **Anlage 2**).

Frau Helsing, Vorsitzende des Vereins „Leg los, werd groß“ e.V., aus Schwedt/Oder nimmt auf die heute noch zu behandelnde Problematik - Anpassung der Härtefallregelung an die Tariferhöhungen Bezug und merkt hinsichtlich der Antragstellung zur Härtefallregelung an, dass an keiner Stelle die Tariferhöhung mit eingearbeitet ist.

Sie schildert anhand eines Beispiels die Bemühungen einer Erzieherin ihrer Kita zur Betreuung und Eingewöhnung von 5 Kleinkindern und fragt:

1. Soll ich dieser Erzieherin sagen, dass ich die Härtefallregelung beantragen werde, es aber keine Tariferhöhung bei uns geben wird?

2. Soll ich den Eltern sagen, dass ich jetzt die Gebühren erhöhen muss, weil es so sonst nicht funktioniert?

Frau Helsing wünscht sich, dass die Abgeordneten bei Behandlung der Problematik an das von ihr geschilderte Beispiel der Erzieherin, die wirklich alles gibt aber keine Chance auf Tariferhöhung hat, denken.

Herr Resch macht darauf aufmerksam, dass die inhaltliche Befassung zu dieser Problematik am 15.10.2013 im Jugendhilfeausschuss vorgesehen ist.

zu TOP 6: Aktuelle Stunde

zu TOP 6.1: Bericht des Landrates

Herr Resch weist auf eine vorbereitete PowerPoint-Präsentation zum Thema „Tag des Offenen Denkmals / Kreiserntedankfest 2013“ hin, die während der Berichterstattung des Landrates gezeigt wird und den Bericht mit Bildern veranschaulichen soll.

Der Landrat hält anschließend seinen Bericht. Der Bericht liegt schriftlich vor und wird der Niederschrift als Anlage beigefügt (s. **Anlage 1**).

zu TOP 6.2: Aussprache zum Bericht

Herr Resch stellt fest, dass keine Wortmeldungen vorliegen.

zu TOP 25: Anträge an den Kreistag

zu TOP 25.1: Antrag der Fraktionen von SPD, CDU/Bauern und FDP - Prüfung der Festsetzung der Durchschnittssätze in der DS 22-A 2011 (2. Version)

Vorlage: AN/111/2013/1

zu TOP 25.1.1: Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zur Drucksache AN/111/2013 (DS-Nr.: ÄA/0005/2013)

Herr Wichmann merkt als Einreicher des gemeinsamen Antrages der Fraktionen von SPD, CDU/Bauern und FDP und Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses an, dass das Thema Festsetzung der Durchschnittssätze für die Kita-Erzieherinnen den Jugendhilfeausschuss (JHA) immer wieder beschäftigt. Er weist auf die seinerzeit im Kreistag beschlossene Härtefallregelung für die Kita-Träger hin, die mit der neuen abgesenkten Kita-Pauschale nicht auskommen. Herr Wichmann nimmt auf die Sitzung des JHA am 27.08.2013 Bezug, in der erneut die Diskussion darüber geführt wurde, inwieweit die damals durch den Landrat vorgenommene Festsetzung des Durchschnittssatzes der Pauschale für die Kita-Erzieherinnen noch mit den danach

stattgefundenen Tarifierhöhungen für den TVöD in Einklang zu bringen ist. Er informiert, dass sich die Ausschussmitglieder im JHA fraktionsübergreifend darüber verständigt haben, dass sich der JHA in seiner Sitzung am 15.10.2013 ausführlich mit diesem Thema beschäftigen wird. Herr Wichmann macht darauf aufmerksam, dass mit der Einreichung des Antrages AN/111/2013/1 der Fraktionen von SPD, CDU/Bauern und FDP der Verwaltung bis zur nächsten Sitzung des JHA am 15.10.2013 einen Auftrag mit auf den Weg gegeben hat, die rechtlichen Klärungen vorab vorzunehmen, sodass dann im JHA Klarheit darüber besteht, was zu tun ist.

Herr Wichmann stellt den Geschäftsordnungsantrag, heute als ersten Schritt sowohl den Antrag AN/111/2013/1 als auch den dazugehörigen Änderungsantrag ÄA/0005/2013 der Fraktion DIE LINKE in den Jugendhilfeausschuss zu verweisen, um dort die bis dahin von der Verwaltung aufbereiteten Informationen zu erhalten und sich im JHA darüber zu verständigen, wie weiter mit der Kita-Personalkosten-Bezuschung, Finanzierung und Refinanzierung umgegangen werden soll. Er schlägt vor, dass der JHA dem Landrat entsprechende Empfehlungen aus dieser Sitzung mit auf den Weg gibt, um dann in der nächsten Sitzung des Kreistages über erste Ergebnisse zu diesem Thema berichten zu können.

Herr Wichmann weist noch darauf hin, dass die heute eingereichte neue Version des Antrages AN/111/2013/1 der Fraktionen von SPD, CDU/Bauern und FDP sich von der ersten Version AN/111/2013 nur dadurch unterscheidet, dass im ersten Satz des Beschlussvorschlages das Wort „ob“ durch „inwieweit“ ersetzt wird.

Der geänderte Beschlussvorschlag lautet somit:

„Der Landrat wird beauftragt zu prüfen, inwieweit die Festsetzung der Durchschnittssätze in der DS 22-A 2011 (2. Version) in Höhe von 43.305,28 € aufgrund der zwischenzeitlich erfolgten Tarifierhöhungen nachträglich anzupassen ist. Das Ergebnis der Prüfung ist dem Jugendhilfeausschuss vorzustellen.“

Herr Rohne schließt sich dem Geschäftsordnungsantrag von Herrn Wichmann an, da sich der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE ÄA/0005/2013 auf den Antrag AN/111/2013/1 bezieht und nur im Zusammenhang mit diesem Antrag zu behandeln ist. Er begründet die Einreichung des Änderungsantrages seiner Fraktion u. a. damit, dass eine „unendliche Geschichte“, die immer wieder in den Ausschusssitzungen auf die Tagesordnung kommt, nunmehr mit einer Zukunftssicherheit beendet werden soll. Auch möchte er mit dem Antrag erreichen, dass Protokolle und Festlegungen aus dem JHA auch umgesetzt werden, was seiner Meinung nach in der Vergangenheit nicht immer erkennbar gewesen ist.

Herr Dr. Gerlach nimmt zum Antrag AN/111/2013/1 Stellung und merkt an, dass die Kita-Träger gewöhnt sind, dass die festgestellten Zuschüsse entsprechend der Tarifentwicklung angepasst werden, was im vorliegenden Fall nicht geschehen sei. Er macht u. a. darauf aufmerksam, dass die Zuschüsse seit 01.04.2012 konstant geblieben sind, während die Tarifentwicklung weiter gegangen ist.

Der Landrat nimmt zu den Äußerungen von Herr Rohne bezüglich der vorgesehenen Beendigung einer „unendlichen Geschichte“ Stellung. Er ist der Auffassung, dass es eine „unendlichen Geschichte“ bleiben wird, solange der Gesetzgeber im Land das entsprechende Gesetz in der vorliegenden Fassung beibehält.

Herr Resch bittet anschließend um Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag von Herrn Wichmann, sowohl den Antrag AN/111/2013/1 als auch den dazugehöri-

gen Änderungsantrag ÄA/0005/2013 der Fraktion DIE LINKE in den Jugendhilfeausschuss zu verweisen.

Der Kreistag stimmt dem Geschäftsordnungsantrag von Herrn Wichmann einstimmig zu und beschließt:

„Die Anträge AN/111/2013/1 und ÄA/0005/2013 werden in den Jugendhilfeausschuss verwiesen.“

zu TOP 7: Terminplanung 2014 für Sitzungen des Kreistages und der Ausschüsse

Vorlage: BR/068/2013

Herr Banditt hält die Anzahl der für das Jahr 2014 geplanten Kreistage für zu gering und ist der Auffassung, dass in der Zeit vom 01.01.2014 bis zur Kommunalwahl im Mai 2014 ein zweiter Kreistag mit den dazugehörigen Ausschusssitzungen stattfinden sollte. Er kündigt an, dass sich die CDU/Bauern-Fraktion vorbehält, in diesem Zusammenhang einen entsprechenden Antrag zum Kreistag am 04.12.2013 einzubringen.

Herr Resch begründet die vorgesehene Terminplanung 2014 und weist u. a. auf den Ende März 2014 geplanten Kreistag, die Osterferien und den Termin für die Kommunalwahlen hin.

„Der Kreistag nimmt die Terminplanung 2014 für Sitzungen des Kreistages und der Ausschüsse gemäß Anlage (Stand: 18.06.2013) zur Kenntnis.“

zu TOP 8: 4. Ordnung zur Änderung der Geschäftsordnung für den Kreistag Uckermark (4. Änderungsordnung – Geschäftsordnung)

Vorlage: BV/083/2013

Herr Resch weist auf eine Drucksachenänderung vom 11.09.2013 hin, die im Ergebnis der Sitzung des Kreisausschusses am 10.09.2013 erarbeitet wurde und u. a. Änderungen der Fristen für die Einreichung von Anfragen und Anträgen sowie für die Einberufung des Kreistages beinhaltet.

Herr Waldow fragt nach der Zulässigkeit sowohl einer elektronischen als auch einer schriftlichen Einladung.

Herr Resch merkt an, dass beide Formen für eine Übergangszeit möglich sind, solange bis der technische Ausstattungsgrad bei den Abgeordneten eine ausschließliche elektronische Zusendung von Unterlagen erlaubt. Auf nochmalige Nachfrage von Herrn Waldow versichert Herr Resch, dass es in der Übergangszeit schriftliche und elektronische Einladungen geben wird.

Herr Poppe merkt an, dass trotz ausgiebiger Diskussion in der Arbeitsgruppe Geschäftsordnung für ihn die Frage nicht geklärt ist, wie er elektronisch übersandte Anfragen oder Anträge unterzeichnen soll.

Herr Resch weist auf die in diesem Zusammenhang in der Änderung der Geschäftsordnung getroffene Formulierung hin, die dafür sorgen soll, dass im Innenverhältnis zwischen Abgeordneten und Kreisverwaltung erkennbar ist, dass das eingereichte Dokument auch tatsächlich vom Einreicher stammt.

Herr Poppe schlägt vor, die DS-Nr.: BV/083/2013 heute nicht zu beschließen, sondern die Beschlussfassung in die nächste Sitzung des Kreistages am 04.12.2013 zu vertagen.

Auf entsprechende Nachfrage von Herr Resch, merkt Herr Poppe an, dass er bezüglich seiner Nachfrage keinen Lösungsvorschlag unterbreiten kann, er jedoch darum bittet, in die Geschäftsordnung eine eindeutige Formulierung aufzunehmen, aus der hervorgeht, wie elektronische Dokumente unterzeichnet werden sollen, um von der Verwaltung anerkannt zu werden.

Herr Resch spricht sich gegen eine Verschiebung der Beschlussfassung aus und weist darauf hin, dass sich der Kreisausschuss in seiner Sitzung am 10.09.2014 angesichts der geringen Anzahl noch verbleibender Kreistagssitzungen vor der Neuwahl des Kreistages im Jahre 2014 dazu verständigt hat, die 4. Änderungsordnung – Geschäftsordnung im jetzigen Kreistag zu beschließen.

Der Landrat nimmt zur Frage Stellung, wie elektronisch übersandte Dokumente der Fraktionen oder einzelner Abgeordneter rechtsverbindlich unterzeichnet werden können und merkt an, dass die fristgemäße Übersendung eines vom Einreicher unterzeichneten PDF-Dokumentes als Original anerkannt wird. Falls eine entsprechende elektronische Übersendung nicht möglich ist, muss ein vom Einreicher unterschriebenes Originaldokument fristgemäß im Kreistagsbüro eingehen.

Herr Krumrey hätte sich die vom Landrat vorgetragene Rechtsauffassung der Verwaltung als Bestandteil der Geschäftsordnung gewünscht und hält mit der jetzigen Änderung der Geschäftsordnung bestimmte Angelegenheiten für überreguliert. Außerdem sieht er angesichts der Neubildung des Kreistages im nächsten Jahr und einer möglichen Neufassung der Geschäftsordnung durch die neuen Kreistagsmitglieder keine Not, zum jetzigen Zeitpunkt noch eine Änderung der Geschäftsordnung zu beschließen. Er ist der Meinung, dass der Kreistag mit der jetzigen Geschäftsordnung gut gefahren ist und hält diese für ausreichend.

Herr Resch bittet anschließend, über den Geschäftsordnungsantrag von Herrn Poppe abzustimmen, über die DS-Nr.: BV/083/2013 heute nicht abzustimmen, sondern die Beschlussfassung in die nächste Sitzung des Kreistages am 04.12.2013 zu vertagen.

Der Kreistag lehnt den Geschäftsordnungsantrag mit 19 Ja-Stimmen, 26 Gegenstimmen und einer Enthaltung ab.

Der Kreistag stimmt der Beschlussvorlage unter Berücksichtigung der vorliegenden Drucksachenänderung mehrheitlich bei 8 Gegenstimmen und 11 Enthaltungen zu und beschließt:

„Der Kreistag beschließt die 4. Ordnung zur Änderung der Geschäftsordnung für den Kreistag Uckermark (4. Änderungsordnung – Geschäftsordnung) – gemäß Anlage 2.“

zu TOP 9: Neufassung der Rechnungsprüfungsordnung des Landkreises Uckermark

Vorlage: BV/064/2013

Der Kreistag stimmt der Beschlussvorlage einstimmig zu und beschließt:

„Der Kreistag beschließt die Neufassung der Rechnungsprüfungsordnung des Landkreises Uckermark.“

zu TOP 10: Förderung der Uckermärkischen Musik- und Kunstschule „Friedrich Wilhelm von Redern“ Angermünde (UMKS) 2014-2016

Vorlage: BV/100/2013

Der Kreistag stimmt der Beschlussvorlage einstimmig zu und beschließt:

„Die UMKS wird weiterhin für die Dauer von 3 Jahren (2014-2016) auf Antrag mit maximal 8.000,-- €/Haushaltsjahr gefördert und erhält daraufhin auf Grundlage dieser Kreistagsvorlage einen gesonderten Bescheid zur Förderung von Musik- und Musikpädagogischen Projekten.“

zu TOP 11: Richtlinie für die Vergabe von Zuwendungen zur Förderung von Kunst und Kultur im Landkreis Uckermark aus Mitteln des Kulturfonds des Landkreises Uckermark (Kulturfonds)

Vorlage: BV/099/2013

Herr Resch weist auf eine Drucksachenänderung vom 04.09.2013 hin, mit der ein Rechtschreibfehler in der Begründung zur Drucksache korrigiert sowie Punkt 6.2 der Richtlinie geändert wird.

Des Weiteren macht er darauf aufmerksam, dass den Abgeordneten noch ein Schreiben des Landrates vom 05.09.2013 vorliegt, mit dem die von Herrn Axel Krumrey in der Sitzung des Ausschusses für Kultur, Bildung und Sport (KBSA) am 28.08.2013 gestellten Nachfragen beantwortet werden.

Der Kreistag stimmt der Beschlussvorlage unter Berücksichtigung der vorliegenden Drucksachenänderung vom 04.09.2013 einstimmig zu und beschließt:

„Der Kreistag beschließt die Neufassung der Richtlinie „für die Vergabe von Zuwendungen zur Förderung von Kunst und Kultur im Landkreis Uckermark aus Mitteln des Kulturfonds des Landkreises Uckermark (Kulturfonds)“ als Ersatz der bisherigen Richtlinie „zur Förderung von Kunst und Kultur“ mit in Kraft treten zum 01.10.2013.“

zu TOP 12: Jahresabschluss des Landkreises Uckermark für das Haushaltsjahr 2010

Vorlage: BV/077/2013

Der Landrat erklärt seine Befangenheit und nimmt für die Dauer der Behandlung des Tagesordnungspunktes im Zuschauerbereich des Plenarsaales platz.

Herr Haffer weist als stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Finanzen und Rechnungsprüfung (FRA) darauf hin, dass der FRA in seiner Sitzung am 03.09.2013 der Beschlussvorlage einstimmig zugestimmt und eine gesonderte Stellungnahme zur Prüfung des Jahresabschlusses 2010 abgegeben hat. In dieser Stellungnahme schließt sich der FRA dem Prüfbericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung des Jahresabschlusses des Landkreises Uckermark für das Haushaltsjahr 2010 an und empfiehlt dem Kreistag, die Entlastung des Landrates für das Haushaltsjahr 2010.

Der Kreistag stimmt der Beschlussvorlage einstimmig bei 4 Enthaltungen zu und beschließt:

„1. Der Kreistag beschließt über den geprüften Jahresabschluss des Landkreises Uckermark für das Haushaltsjahr 2010.“

2. *Der Kreistag erteilt dem Landrat des Landkreises Uckermark entsprechend § 82 (4) der Kommunalverfassung Brandenburg des Landes für das Haushaltsjahr 2010 Entlastung.“*

zu TOP 13: Sachstand Jahresabschluss 2011

Vorlage: BR/079/2013

„Der Kreistag nimmt den Sachstand zum Jahresabschluss 2011 zur Kenntnis.“

zu TOP 14: Über- und außerplanmäßige Aufwendungen zum Jahresabschluss 2012

Vorlage: BV/078/2013

Frau Seedorf nimmt Bezug auf die Begründung zur Drucksache und möchte u. a. zu Punkt 4. Zuführung zu Altersteilzeitrückstellungen Erfüllungsrückstände wissen, wie viele Personen davon betroffen sind.

Herr Brandenburg merkt an, dass ihm die genaue Zahl zurzeit nicht bekannt ist, er diese Information jedoch nachliefern wird.

Herr Resch sagt zu, diese Information in die Niederschrift der heutigen Sitzung als Anmerkung mit aufzunehmen.

Anmerkung:

Im Nachgang zur Sitzung wurde von Herrn Brandenburg mitgeteilt, dass die Zuführung zu den Altersteilzeitrückstellungen Erfüllungsrückstände, die für die Freizeitphasen benötigt werden, alle abgeschlossenen 248 Verträge betrifft. Durch die Nichtberücksichtigung von Tarifsteigerungen werden die Rückstellungsbestände nicht ausreichen. Die aufgrund der bisherigen Tarifierhöhungen zusätzlich benötigten Mittel wurden ermittelt und sollen der Rückstellung zusätzlich zugeführt werden. Künftig werden die Rückstellungen bei Tarifierhöhungen laufend und zeitnah erhöht.

Herr Koeppen nimmt Bezug auf Punkt 1 der Begründung zur Drucksache – Zuführung zur Rückstellung für Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket und möchte wissen, ob es auch so gemeint ist, dass aus den in 2012 nicht benötigten Mitteln aus Kosten der Unterkunft in Höhe von ca. 980 T€ eine Rückstellung gebildet wird, die für Leistungen aus dem Programm Bildung- und Teilhabepaket verwendet werden soll und über dessen Verwendung der Kreistag beschließt. Des Weiteren möchte er wissen, wie und wann der Kreistag dann über die Verwendung der Mittel gemäß DS-Nr.: 166/2012 sprechen kann.

Der Landrat nimmt Stellung und merkt an, dass er auch meint, was er sagt und dass eine Befassung mit dem Thema in beiden zuständigen Ausschüssen im November 2013 vorgesehen ist.

Der Kreistag stimmt der Beschlussvorlage mehrheitlich bei einer Gegenstimme und 3 Enthaltungen zu und beschließt:

„Der Kreistag genehmigt die über- und außerplanmäßigen Aufwendungen zum Jahresabschluss 2012.“

zu TOP 15: Berichterstattung gemäß § 29 der Kommunalen Haushalts- und Kassenverordnung zum Haushaltsjahr 2012
Vorlage: BR/082/2013

„Der Kreistag nimmt die Berichterstattung gemäß § 29 Kommunalen Haushalts- und Kassenverordnung zum Haushaltsjahr 2012 zur Kenntnis.“

zu TOP 16: Berichterstattung gemäß § 29 der Kommunalen Haushalts- und Kassenverordnung zum Haushaltsjahr 2013
Vorlage: BR/080/2013

„Der Kreistag nimmt die Berichterstattung gemäß § 29 Kommunalen Haushalts- und Kassenverordnung zum Haushaltsjahr 2013 zur Kenntnis.“

zu TOP 17: Über- und außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen im IV. Quartal 2012 – Jahresabschluss
Vorlage: BR/070/2013

„Die aufgeführten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen im IV. Quartal 2012 – Jahresabschluss werden zur Kenntnis genommen.“

zu TOP 18: Über- und außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen im II. Quartal 2013
Vorlage: BR/066/2013

„Die aufgeführten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen im II. Quartal 2013 werden zur Kenntnis genommen.“

zu TOP 19: Aufstockung des Stellenplanes 2014 um 1 Stelle in der Kreiskasse im Amt für Finanzen und Teilnehmungsmanagement durch Verlagerung von Stellenanteilen der Fachämter sowie Aufstockung des Stellenplanes 2013 und 2014 um 1 Stelle im Gesundheits- und Veterinäramt
Vorlage: BV/067/2013

Frau Seedorf fragt angesichts der schwierigen finanziellen Situation des Landkreises nach der Notwendigkeit der Schaffung zusätzlicher Stellen. Sie spricht sich gegen eine Aufstockung des Stellenplanes und Erhöhung von Personalkosten aus und schlägt zur Wahrnehmung der Aufgaben u. a. innerbetriebliche Umsetzungen vor.

Der Landrat merkt bezüglich der Stelle in der Kasse an, dass vorliegend nicht in Anspruch genommene Stellenanteile in der Kreisverwaltung eingesammelt werden, um diese in einer neuen Stelle zu konzentrieren. Insofern ist das Wort „Aufstockung“ etwas irreführend und nur hinsichtlich einer Veränderung des bereits vom Kreistag beschlossenen Stellenplanes zu betrachten. Der Landrat weist darauf hin, dass Stellenanteile in einigen Ämtern abgezogen werden, um sie anderen Ämtern zuzuführen, wodurch der Stellenplan in diesen Ämtern ohne finanziellen Mehraufwand aufgestockt wird.

Herr Scheffel weist auf die Diskussion im FRA am 03.09.2013 hin, in der hinterfragt wurde, aus welchen Stellenanteilen der Ämtern sich die neu zu schaffenden Stellen zusammensetzen.

*Der Kreistag beschließt mehrheitlich bei einer Gegenstimme und 3 Enthaltungen:
„Der Kreistag beschließt die Aufstockung des Stellenplanes 2014 um 1 Stelle in der
Kreiskasse im Amt für Finanzen und Teilnehmungsmanagement durch Verlagerung
von Stellenanteilen der Fachämter, die bislang die Aufgabe „Stundung, Niederschlagung
und Erlass von Forderungen“ selbst wahrgenommen haben sowie die Aufstockung
des Stellenplanes 2013 und 2014 um 1 Stelle im Gesundheits- und Veterinär-
amt aus nicht ausgeschöpften Personalkosten im Budget.“*

**zu TOP 20: Entlastung der einzelnen Mitglieder des Verwaltungsrates der
Sparkasse Uckermark für den Jahresabschluss 2012
Vorlage: BV/073/2013**

Herr Dietmar Schulze, Herr Henryk Wichmann, Herr Frank Bretsch, Herr Gerhard Rohne, Herr Walter Henke, Frau Sylvia Steinhauser und Herr Jürgen Mittelstädt erklären ihre Befangenheit und nehmen für die Dauer der Behandlung des vorliegenden Tagesordnungspunktes im Zuschauerbereich des Plenarsaales platz.

Herr Krumrey bezieht sich auf die Anlagen zur vorliegenden Drucksache, die laut Hinweis in der Begründung zur BV/067/2013 nicht im Internet veröffentlicht werden, sondern in der Kreisverwaltung im Amt für Finanzen und Teilnehmungsmanagement eingesehen werden können. Er hinterfragt, ob das so zu verstehen ist, dass diese Anlagen auch nicht mehr postalisch verschickt werden, was von Herrn Resch bejaht wird. Herr Krumrey bittet darum, zukünftig in der Begründung darauf hinzuweisen, dass die Anlagen nicht im Internet veröffentlicht und auch nicht postalisch verschickt werden.

Herr Resch sagt zu, diesen Hinweis in die Niederschrift mit aufzunehmen.

In Vorbereitung der Abstimmung über die Entlastung weist Herr Resch darauf hin, dass der Kreistag für jedes einzelne Mitglied des Verwaltungsrates der Sparkasse Uckermark einen gesonderten Entlastungsbeschluss fassen muss. Er ruft anschließend die Mitglieder des Verwaltungsrates einzeln der Reihe nach auf und bittet die Kreistagsmitglieder, ihr Votum über die Entlastung abzugeben.

Ergebnis der Abstimmung des Kreistages über die Entlastung der einzelnen Mitglieder des Verwaltungsrates der Sparkasse Uckermark:

Verwaltungsratsmitglied	ja	nein	Enthaltung
Herr Dietmar Schulze Vorsitzender ab 01.06.2010	einstimmig	-	2
Herr Henryk Wichmann Mitglied des Kreistages	einstimmig	-	2
Herr Frank Bretsch Mitglied des Kreistages	einstimmig	-	4
Herr Torsten Krause Mitglied des Kreistages bis 15.10.12	einstimmig	-	6
Herr Gerhard Rohne Mitglied des Kreistages ab 07.12.12	einstimmig	-	3
Herr Walter Henke Mitglied des Kreistages	einstimmig	-	5
Herr Thomas Simon weiteres Mitglied (sachkundiger Bürger) ab 25.06.10	einstimmig	-	5

Frau Sylvia Steinhauser weiteres Mitglied (sachkundige Bürgerin) bis 04.09.12	einstimmig	-	4
Herr Siegfried Schön weiteres Mitglied (sachkundiger Bürger) ab 07.12.12	einstimmig	-	4
Frau Karola Wöhner weiteres Mitglied (sachkundige Bürgerin)	einstimmig	-	3
Frau Ines Bolle Vertreterin der Beschäftigten	einstimmig	-	3
Herr Dirk Derlat Vertreter der Beschäftigten	einstimmig	-	3
Herr Steffen Glatz Vertreter der Beschäftigten bis 31.05.12	einstimmig	-	4
Frau Mandy Stoldt Vertreterin für die Beschäftigten ab 15.06.12	einstimmig	-	3
Herr Michael Müller Vertreter der Beschäftigten	einstimmig	-	3
Herr Jürgen Mittelstädt Stellvertreter für ein Mitglied des Kreistages	einstimmig	-	4
Herr Manfred Suhr Stellvertreter für die weiteren Mit- glieder (sachkundiger Bürger)	einstimmig	-	5
Frau Mandy Stoldt Stellvertreterin für die Beschäftigten bis 14.06.13	einstimmig	-	3
Frau Mandy Thielemann Stellvertreterin für die Beschäftigten ab 15.06.12	einstimmig	-	3

„Der Kreistag beschließt die Entlastung der einzelnen Mitglieder des Verwaltungsrates der Sparkasse Uckermark (s. Anlage) für den Jahresabschluss 2012 gemäß § 6 Abs. 2 Nr. 5 in Verbindung mit § 26 Abs. 4 Brandenburgisches Sparkassengesetz.“

Folgende Mitglieder wurden entlastet:

Herr Dietmar Schulze, Herr Henryk Wichmann, Herr Frank Bretsch, Herr Torsten Krause, Herr Gerhard Rohne, Herr Walter Henke, Herr Thomas Simon, Frau Sylvia Steinhauser, Herr Siegfried Schön, Frau Karola Wöhner, Frau Ines Bolle, Herr Dirk Derlat, Herr Steffen Glatz, Frau Mandy Stoldt, Herr Michael Müller, Herr Jürgen Mittelstädt, Herr Manfred Suhr, Frau Mandy Stoldt, Frau Mandy Thielemann.

Herr Waldow gibt eine persönliche Erklärung zu seinen Abstimmungsverhalten ab. Er weist auf die heutige Abstimmung hin und merkt an, dass er sich bei einigen Personen der Stimme enthalten und bei einigen Personen zugestimmt hat. Herr Waldow nimmt Bezug auf die Sitzung des FRA am 04.09.2013, in der er Altersdiskriminierung seitens der Sparkasse Uckermark als Grund sein Abstimmungsverhalten angeführt hat. Er merkt an, dass die Hintergründe für Altersdiskriminierung seitens der Sparkasse Uckermark viel ernster und politischer zu sehen seien. Herr Waldow hält es für eine politisch sehr bedenkliche Sache, wenn die Sparkasse Uckermark nicht mehr an die Werthaltigkeit der Grundstücke und somit nicht mehr an die Zukunft der Uckermark glaubt. Er teilt jedoch mit, dass ihm signalisiert wurde, dass sich der Vorstand der Sparkasse Uckermark dahingehend Gedanken macht, die Kreditvergabepolitik möglicherweise zu ändern.

PAUSE von 15:55 Uhr – 16:25 Uhr

zu TOP 21: Information des Landrates als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger zur Umsetzung des § 6 Abs. 3 Kommunalabgabengesetz für das Land Brandenburg

Vorlage: BR/105/2013

„Der Kreistag nimmt die Information des Landrates als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger zur Kenntnis.“

zu TOP 22: Bericht über die Durchführung des Rettungsdienstes 2010 bis 2012 – Jahresstatistiken

Vorlage: BR/069/2013

„Der Kreistag nimmt den Bericht über die Durchführung des Rettungsdienstes 2010 – 2012 – Jahresstatistiken - zur Kenntnis.“

zu TOP 23: Zustimmung gem. § 70 (1) Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (Bbg.KVerf.) zu außerplanmäßigen Auszahlungen

Vorlage: BV/110/2013

Der Kreistag stimmt der Beschlussvorlage einstimmig zu und beschließt:

„Der Kreistag genehmigt die außerplanmäßige Auszahlung auf dem Produktkonto 54210.785201 in Höhe von 220.000 € für die Erneuerung der Ortsdurchfahrt Jami-kow der K 7308.“

zu TOP 24: Anfragen aus dem Kreistag

zu TOP 24.1: Anfrage zur Beauftragung einer Studie wegen der "Beeinträchtigung des Landschaftsbildes durch mehr Windräder" durch das Kuratorium des Nationalparks Unteres Odertal an den Landrat des Landkreises Uckermark als gesetzliches Mitglied des Kuratoriums

Bezug: Pressebericht "Windräder oder Naturkulisse" vom 12.07.2013 in der Märkischen Oderzeitung

Vorlage: AF/090/2013

Herr Resch weist darauf hin, dass den Abgeordneten eine schriftliche Antwort des Landrates vom 12.08.2013 zugegangen ist.

Der Einreicher der Anfrage, Herr Dr. Gerlach, erklärt sich mit der Beantwortung einverstanden.

zu TOP 24.2: Mittel des Bildungs- und Teilhabepakets 2012/2013

Vorlage: AF/112/2013

Herr Resch weist darauf hin, dass dem Anfragenden zur heutigen Sitzung eine schriftliche Antwort des Landrates vom 17.09.2013 zugegangen ist und alle übrigen Abgeordneten eine Kopie dieses Schreibens erhalten haben.

Herr Koeppen erklärt sich mit der Beantwortung seiner Anfrage einverstanden. Er fragt jedoch noch nach der Möglichkeit, im Vorfeld der Ausschusswoche im November sowie des Kreistages im Dezember 2013, schon mal im Rahmen eines „Runden

Tisches“ zu ermitteln, welche Möglichkeiten und welche Bedarfe es bei den Sportvereinen, beim KSB, bei Schulsozialarbeitern, bei Musikschulen usw. gibt, um die nichtbeanspruchten Mittel aus Kosten der Unterkunft (ca. 1 Mio. Euro) ohne zeitlichen Druck zweckgebunden verteilen zu können.

Der Landrat weist auf die gesetzlich vorgegebene Zweckgebundenheit der Mittelverteilung und die bereits gesammelten Erfahrungen in diesem Zusammenhang hin, die es ermöglichen, eine Mittelverteilung nach Bedürftigkeit vornehmen zu können. Die Einrichtung eines „Runden Tisches“ hält er nicht für erforderlich und sieht die vorgesehene Sitzungsfolge als ausreichend für die Abarbeitung der Problematik an.

zu TOP 24.3: Schulsozialarbeiter
Vorlage: AF/113/2013

Herr Resch weist darauf hin, dass dem Anfragenden zur heutigen Sitzung eine schriftliche Antwort des Landrates vom 16.09.2013 zugegangen ist und alle übrigen Abgeordneten eine Kopie dieses Schreibens erhalten haben.

Herr Koeppen sieht seine Anfragen als beantwortet an. Er stellt eine Nachfrage zu den zusätzlichen Mitteln für Schulsozialarbeit. Er möchte wissen, warum über die bereitgestellten Mittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket hinaus in den Jahren 2011 bis 2013 keine zusätzlichen Stellen für Schulsozialarbeit geschaffen wurden.

Der Landrat weist darauf hin, dass es dem Landkreis nicht möglich ist, Schulsozialarbeiterstellen aus Mitteln des Bildungs- und Teilhabepaketes zu schaffen, da die Bundesregierung aus verfassungsrechtlichen Gründen ausdrücklich darauf hingewiesen hat, dass Schulsozialarbeit und außerschulisches Hort-Mittagessen nicht Teil des Bildungspaketes sind. Aus diesem Grunde habe er nach langer Diskussion im Hause entschieden, eine temporäre Finanzierung des Bundes aus dem Bildungs- und Teilhabepaket nicht zur Schaffung von Schulsozialarbeiterstellen in Anspruch zu nehmen, da eine Weiterfinanzierung dieser Stellen nach Auslaufen des Bundesprogramms dann mit eigenen, nicht vorhandenen Haushaltsmitteln des Landkreises erfolgen müsste. Der Landrat macht außerdem darauf aufmerksam, dass Bildung Ländersache ist und deshalb eine Finanzierung von Schulsozialarbeiterstellen aus Mitteln des Landes erfolgen muss.

Herr Brandenburg weist auf die angespannte Haushaltslage des Landkreises und die chronische Unterfinanzierung im sozialen Bereich hin. Er macht darauf aufmerksam, dass die nicht in Anspruch genommenen finanziellen Mittel aus BuT in eine Rückstellung geflossen sind, über deren Verwendung der Kreistag entsprechend des Haushaltsbeschlusses entscheidet.

Der Einreicher der Anfrage erklärt sich mit der Beantwortung einverstanden.

zur Kenntnis genommen:

gez. Roland Resch
 Vorsitzender des Kreistages

gez. Dietmar Schulze
 Landrat

gez. Wolfgang Gerhardt
 Schriftführer